

Name:

ABSCHLUSSPRÜFUNG WINTER 2023/24

Ausbildungsberuf: **Steuerfachangestellte/r**

Prüfungsort:

Termin: **Donnerstag, 09. November 2023**

Prüfungsfach: **Wirtschafts- und Sozialkunde**

Bearbeitungszeit: **90 Minuten**

Bitte **deutlich schreiben** und Füllhalter, Kugelschreiber oder Filzstift benutzen.

Bitte nicht den Korrekturrand beschriften!

Gesamtpunktzahl:	100,0	Erzielte Punkte:
Teil I: Gesellschaftsrecht	49,0	
Teil II: Finanzierung	28,0	
Teil III: Lohnsteuer und Sozialversicherung	23,0	
Note:		
Unterschrift Erstkorrektor:	Unterschrift Zweitkorrektor:	

Teil I: Gesellschaftsrecht**(49,0 Punkte)****A.: GmbH (24,0 Punkte)****Sachverhalt 1 (10,0 Punkte)**

Ulrich Müller und Erwin Schmitz möchten eine GmbH für den Verkauf von Computerteilen gründen.

Aufgabe:

1. In welcher Form ist der Gesellschaftsvertrag zu schließen? Geben Sie auch die gesetzliche Grundlage an.

Lösung:**Gesetzliche Grundlage:**

2. Welche Mindestinhalte muss ein GmbH-Gesellschaftsvertrag grundsätzlich haben? Geben Sie auch die gesetzliche Grundlage an.

Lösung:**Gesetzliche Grundlage:**

3. Welche Aufgaben übernimmt der Geschäftsführer einer GmbH? Nennen Sie mindestens 3 wesentliche Aufgaben.

Lösung:

Sachverhalt 2 (3,0 Punkte)

Die Gesellschafter sind sich über die Firma nicht einig.

Aufgabe:

Welche grundsätzlichen Möglichkeiten bestehen bei der Firmierung einer GmbH?

Lösung:

Sachverhalt 3 (4,0 Punkte)

Das Stammkapital der GmbH soll 100.000,00 € betragen und ausschließlich als Bareinlage erfolgen. Ulrich Müller soll in Höhe von 60.000,00 € und Erwin Schmitz in Höhe von 40.000,00 € beteiligt sein. Beide wollen jeweils einen Barbetrag in Höhe von 13.000,00 € einzahlen.

Aufgabe:

Ist es unter diesen Bedingungen möglich, die GmbH ins Handelsregister einzutragen? Begründen Sie Ihre Antwort unter Angabe der gesetzlichen Grundlage und erläutern Sie, eventuell notwendige Anpassungen.

Lösung:

Gesetzliche Grundlage:

Sachverhalt 4 (4,0 Punkte)

Anna Schulte, eine erfahrene Mitarbeiterin, soll zur Prokuristin bestellt werden.

Aufgabe:

a) Prüfen und begründen Sie unter Angabe der gesetzlichen Vorschrift, durch wen die Bestellung eines Prokuristen bei einer GmbH erfolgen kann.

Lösung:

Gesetzliche Grundlage:

b) Welche Wirkung hat eine anschließende Handelsregistereintragung der Prokura?

Lösung:

Sachverhalt 5 (3,0 Punkte)

Anna Schulte bekommt ein Kaufangebot für das im Betriebsvermögen der GmbH befindliche Grundstück. Sie möchte das Grundstück der Gesellschaft veräußern.

Aufgabe:

Kann Anna Schulte den Kaufvertrag rechtskräftig abschließen? Begründen Sie Ihre Antwort unter Angabe der gesetzlichen Grundlage.

Lösung:

Gesetzliche Grundlage:

B.: Partnerschaftsgesellschaft**Sachverhalt** (25,0 Punkte)

Die Architekten Franz Papier, Peter Stift und Klaus Schere betreiben in der Rechtsform einer Partnerschaftsgesellschaft gemeinsam ein Architekturbüro in Köln.

Nachfolgender Vertrag über eine Partnerschaftsgesellschaft wurde am 13.10.2022 von den Partnern formwirksam abgeschlossen. Die Eintragung im Partnerschaftsregister erfolgte am 09.11.2022.

§ 1 Name und Sitz

- (1) Der Name der Partnerschaft lautet: Gaubenbau Partnerschaft.
- (2) Die Partnerschaft hat ihren Sitz in der Körnergasse 3, Köln.

§ 2 Partner und Beteiligungsverhältnisse

- (1) Partner der Partnerschaftsgesellschaft sind mit folgenden Anteilen:

Franz Papier,	Kapital 130.000 €
Klaus Schere,	Kapital 110.000 €
Peter Stift,	Kapital 60.000 €
- (2) Klaus Schere erbringt seine Einlageverpflichtung durch die Einbringung eines Grundstücks.
- (3) Die Partner sind im Verhältnis ihrer Einlagen an der Partnerschaft beteiligt.

§ 3 Beginn der Partnerschaft

Die Partnerschaft beginnt am 13.10.2022.

§ 4 Gewinnverteilung

Die Gewinnverteilung erfolgt bis zur Höhe von 90.000 € nach Köpfen. Ein darüberhinausgehender Betrag wird im Verhältnis der Kapitaleinlagen verteilt.

Im Übrigen enthält der Vertrag keine Bestimmungen, die von den gesetzlichen Regelungen abweichen.

Aufgaben:

1. Entscheiden und begründen Sie, ob die gewählte Bezeichnung „Gaubenbau Partnerschaft“ den gesetzlichen Vorgaben entspricht und nennen Sie die gesetzliche Grundlage.

Lösung:**Gesetzliche Grundlage:**

2. a) Bestehen grundsätzlich bezüglich eines Partnerschaftsgesellschaftsvertrages Formvorschriften? Nennen Sie dazu die gesetzliche Grundlage.
- b) Sind bezüglich der Einbringung des Grundstücks im Hinblick auf die Partnerschaft besondere Formvorschriften zu beachten? Begründen Sie Ihre Antwort unter Angabe der gesetzlichen Grundlage.

Lösung:**Zu a)****Gesetzliche Grundlage:****Zu b)****Gesetzliche Grundlage:**

3. Prüfen und begründen Sie - unter Angabe des Datums - wann die Partnerschaft im Innen- und Außenverhältnis entstanden ist. Nennen Sie die gesetzliche Grundlage für das Außenverhältnis.

Lösung:**Innenverhältnis:****Datum:****Außenverhältnis:****Datum:****Gesetzliche Grundlage:**

4. Entscheiden Sie, ob Klaus Schere seine Anteile an der Partnerschaftsgesellschaft vererben könnte und nennen Sie die genaue gesetzliche Grundlage.

Lösung:

Genaue gesetzliche Grundlage:

5. Prüfen und begründen Sie unter Nennung der genauen gesetzlichen Grundlage, ob die Partnerschaft Ist-Kaufmann i. S. d. HGB ist.

Lösung:

Genaue gesetzliche Grundlage:

6. Im Kalenderjahr 2022 erzielt die Partnerschaftsgesellschaft einen Gewinn in Höhe von 240.000,00 €. Führen Sie die Gewinnverteilung durch und bestimmen Sie unter Nennung der genauen gesetzlichen Grundlage die Einkunftsart nach dem EStG.

Lösung:

	Kapitalanteile	bis 90.000,00 €	Restgewinn	Gewinnanteil
Franz Papier	130.000,00 €			
Klaus Schere	110.000,00 €			
Peter Stift	60.000,00 €			
Summe	300.000,00 €			

Einkunftsart:

Genaue gesetzliche Grundlage:

Teil II: Finanzierung

(28,0 Punkte)

Sachverhalt 1 (9,0 Punkte)

Clara Hammersdorf erwirbt im Jahr 2021 ein Mietwohngrundstück (Baujahr 1990) in Köln, das voll vermietet ist. Der Übergang von Besitz, Gefahr, Nutzungen und Lasten wurde für den 01.01.2022 vereinbart.

Die gesamten Anschaffungskosten inklusive Nebenkosten betragen 450.400,00 Euro, wovon 20 % auf den Grund und Boden entfallen.

Zur Anschaffung des Grundbesitzes hat sie 100.000,00 Euro aus eigenen Mitteln bezahlt. Der Rest wird durch ein Fälligkeitsdarlehen bei der Sparkasse zu 2,35 % p.a. finanziert (Zinsbindung 10 Jahre). Auszahlung 100 %.

Unter anderem sind noch folgende nicht umlagefähige Aufwendungen zu berücksichtigen:

- Grundsteuer, vierteljährlich 130,00 €
- Sonstige Aufwendungen (Reparaturen usw.), jährlich 1.280,00 €

Aufgaben:

1. a) Berechnen Sie die jährliche Abschreibung nach dem Einkommensteuergesetz.

Lösung:

b) Berechnen Sie in einer übersichtlichen Darstellung wie hoch die monatlichen Mieten sein müssten, damit Clara Hammersdorf eine Verzinsung des Eigenkapitals (Eigenkapitalrendite) in Höhe von 1 % im ersten Jahr erzielen kann.

Lösung:

2. Wie hoch müsste das Darlehen sein, wenn Clara Hammersdorf sich für eine Auszahlung nur in Höhe von 98 % entscheiden würde, auch wenn sich dadurch die Eigenkapitalrendite ändern würde?

Lösung:

Sachverhalt 2 (6,0 Punkte)

Clara Hammersdorf betreibt daneben einen Elektronik Einzelhandel. Sie ist nicht buchführungspflichtig.

Clara Hammersdorf benötigt im Jahr 2022 einen neuen Lieferwagen. Sie beabsichtigt diesen mit einem Fälligkeitsdarlehen zu finanzieren, da sie in sechs Jahren einen Sparvertrag ausgezahlt bekommt. Die Sparkasse macht ihr folgendes Kreditangebot:

Darlehensbetrag:	40.000,00 €
Auszahlung:	98,0 %
Zinssatz:	8 % p.a.
Laufzeit:	6 Jahre

Aufgabe:

Berechnen Sie in einer übersichtlichen Darstellung die Effektivverzinsung des Fälligkeitsdarlehens (zwei Dezimalstellen).

Lösung:

Sachverhalt 3 (13,0 Punkte)

Für ihr Büro benötigt Clara Hammersdorf drei Registrierkassensysteme. Die Anschaffungskosten belaufen sich auf insgesamt 12.000,00 Euro. Ihre Bank ist bereit, diese zu folgenden Konditionen zu finanzieren:

Tilgungsdarlehen in Höhe von	12.000,00 €	
Auszahlung:	100,0 %	
Zinssatz:	10 % p.a.	
Laufzeit:	4 Jahre	(jährliche Tilgung in gleichbleibenden Raten am Jahresende)

Nach vier Jahren sollen die vollständig abgeschriebenene Registrierkassensysteme veräußert werden. Clara Hammersdorf rechnet mit jährlichen Wartungsaufwendungen von 150,00 €. Darüber hinaus möchte sie die Registrierkassensysteme am Ende der Laufzeit für geschätzte 20 % der Anschaffungskosten veräußern.

Aufgaben:

1. Erstellen Sie aufgrund des Finanzierungsangebotes der Bank den Tilgungsplan für das aufzunehmende Darlehen und ermitteln Sie die Finanzierungskosten.

Tilgungsplan:

Darlehens-jahr	Darlehenssumme am Anfang des Jahres (in Euro)	Zinsen (in Euro)	Tilgungsrate (in Euro)	Darlehenssumme am Ende des Jahres (in Euro)
1				
2				
3				
4				

Finanzierungskosten:

2. Ermitteln Sie in einer übersichtlichen Darstellung die gesamte Erfolgsauswirkung, die sich über die gesamte Nutzungsdauer ergibt.

Lösung:

Teil III: Lohnsteuer/Sozialversicherung

(23,0 Punkte)

Sachverhalt 1 (13,0 Punkte)

Herr Martin Kabel (Steuerklasse 1, konfessionslos, keine Kinder), geb. am 10.03.1986, arbeitet als Leiter der IT-Abteilung bei der „Schnelles Netz GmbH“ mit Sitz in Köln. Er ist weder Gesellschafter noch Geschäftsführer der GmbH. Er bezieht ein Bruttogehalt in Höhe von 4.500,00 €.

Im Rahmen einer Gehaltserhöhung bekommt er ab dem 01.04.2023 von seinem Arbeitgeber ein Elektrofahrrad (Kennzeichen- und Versicherungspflicht; Geschwindigkeit mehr als 25 km/h) zur Verfügung gestellt. Der Bruttolistenpreis des Fahrrads wurde bei Anschaffung im Januar 2023 durch den Hersteller mit 2.800,00 € bestätigt. Martin Kabel nutzt das Fahrrad sowohl privat als auch für Fahrten zwischen seiner Wohnung und seiner ersten Tätigkeitsstätte (5 km; 15 Tage im Monat).

Aufgaben:

1. Nehmen Sie unter Nennung der genauen gesetzlichen Grundlagen - sofern gefordert - begründet Stellung, wie das Elektrofahrrad in der Gehaltsabrechnung April 2023 lohnsteuer- und sozialversicherungsrechtlich zu behandeln sind (lohnsteuerpflichtig/-frei bzw. sozialversicherungspflichtig/-frei). Notwendige Berechnungen sind in einer übersichtlichen Darstellung vorzunehmen.

Bearbeitungshinweis: Ein versicherungspflichtiges Elektrofahrrad ist wie ein Elektro-Kfz i. S. d. § 6 Abs. 1 Nr. 4 S. 2 Nr. 3 EStG zu behandeln.

Sozialversicherung 2023**Beitragssätze**

	Gesamt	Arbeitnehmer	Arbeitgeber
Krankenversicherung	14,6 %	7,3 %	7,3 %
durchschnittlicher Zusatzbeitrag	1,6 %	0,8 %	0,8 %
Pflegeversicherung	3,05 % (+ 0,35 %) ¹	1,525 % + (0,35 %)	1,525 %
Rentenversicherung	18,6 %	9,3 %	9,3 %
Arbeitslosenversicherung	2,6 %	1,3 %	1,3 %
Summe	40,45 % (+ 0,35 %)	20,225 % (+ 0,35 %)	20,225 %

¹für Kinderlose zwischen 23 und 65 Jahren

Mindestlohn: 12,00 €/Std.

Lösung:

Elektrorad:

Begründung/Berechnung:

Privatnutzung:

Fahrten Wohnung – erste Tätigkeitsstätte:

Rechtliche Würdigung:

2. Ermitteln Sie in einer übersichtlichen Darstellung das Nettogehalt und den Auszahlungsbetrag für April 2023 für Martin Kabel.
Gehen Sie dabei von einem Lohnsteuer-Satz von 15,00 % aus.

Lösung:

Sachverhalt 2 (10,0 Punkte)

Für die „Schnelles Netz GmbH“ führt Martin Kabel von Dienstag, 23.05.2023 (16:00 Uhr) bis Donnerstag, 25.05.2023 (14:00 Uhr), eine Auswärtstätigkeit mit Übernachtung in Hamburg aus. Die Fahrstrecke von 450 km (Entfernung) legt Martin Kabel mit dem eigenen Pkw zurück.

Die „Schnell & Sicher“ GmbH zahlt ihm lt. Arbeitsvertrag arbeitstäglich eine pauschale Vergütung für Verpflegungsgeld in Höhe von 100,00 € sowie ein Kilometergeld in Höhe von 0,20 € je gefahrenen Kilometer.

Die Hotelrechnung über 150,00 € (Übernachtung ohne Frühstück) für die Übernachtung begleicht Martin Kabel nach dem Check-Out durch Zahlung über seine private Kreditkarte.

Nach Rückkehr in den Betrieb erstellt Martin Kabel die folgende Reisekostenabrechnung:

Kilometergeld (900 km x 0,20 €)	180,00 €
Hotelkosten	150,00 €
<u>Verpflegungsgeld</u>	<u>300,00 €</u>
Erstattung der Reisekosten	630,00 €

Aufgabe:

Ermitteln Sie in einer übersichtlichen Darstellung den für Martin Kabel höchstmöglichen lohnsteuer- und sozialversicherungsfreien Ansatz der durch den Arbeitgeber geleisteten Zahlungen aus der Reisekostenerstattung und ermitteln Sie den verbleibenden steuerpflichtigen Arbeitslohn.

Geben Sie in Ihrer Lösung die gesetzlichen Grundlagen aus dem Einkommensteuergesetz an. Pauschalierungsmöglichkeiten sind auszuschöpfen.

Lösung:

Gesetzliche Grundlagen:

Berechnung Reisekosten: